

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Post; für den halbjährlichen Bezug 1,50 Goldpfennige, für den jährlichen 3,00 Goldpfennige. Es ist nur Postbezug zulässig.

Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend. Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra.

62. Jahrgang

Leipzig, den 8. September 1924

Nummer 76

Die Verhandlungen des Hamburger Verbandstages

Zweiter Verhandlungstag (2. September)

Nachmittags-sitzung (Fortsetzung)*

König: Es wird hier zu viel vom Gefühlsstandpunkt ausgegangen, man läßt sich aber zu wenig vom Verstand leiten. Albrechts (Köln) Standpunkt zum Arbeitszeitabkommen ist richtig. Für Thorban ist jedoch die Urabstimmung zu sehr Gefühlsache. So mancher Kollege wird, das ist seine Meinung, trotz gewesen sein, daß keine Urabstimmung stattgefunden hat. In Halle hat man einen durch die Kommunisten entfachten Buchdruckerstreik von 14 Tagen gehabt. Es ist ein ganz faules Kompromiß dabei herausgekommen, an dem er nie und nimmer mitgewirkt hätte. Die Streikkommission ist dann abgesetzt worden. Die Prinzipale haben diktiert. Nachher war der Ortsvorstand wieder gut genug. Die Buchdrucker sind bestimmt nicht die ersten mit dem Arbeitszeitabkommen gewesen. Wer keine Kommunisten an seinem Orte hat, weiß gar nicht, was das für Schädlinge sind. Der Verbandstag muß klipp und klar Stellung zu ihnen nehmen. Der Internationale Gewerkschaftskongress in Wien hat ja gute Richtlinien zur Behandlung der Gewerkschaftserstörer gegeben. Da kann doch hier den Kommunisten kein Freibrief ausgestellt werden. In den Riesenbetrieben in Leuna, Bitterfeld, Wolfen, Lützenburg ist die Zahl der Organisierten auf 15 bis 10 Proz. heruntergegangen; so haben die Kommunisten dort gehaust. Was an Kämpfen gewesen ist, will gar nichts belegen gegen die noch kommenden. Da brauchen auch wir eine starke und geschlossene Organisation.

Glück: erinnert daran, wie die Verhältnisse beim Arbeitszeitabkommen gelegen haben. Von Stinnes war doch schon lange zuvor das Stichwort dazu gegeben. Die ganze Industrie nahm dann die Parole der Mehrarbeit auf. Die Reichsregierung mit dem besonders stark darauf reagierenden Reichsarbeitsminister Brauns brachte dann mittels des Ermächtigungsgesetzes diesen Bestrebungen Sulfurs. Das alles muß in Betracht gezogen werden. Die Waffe des Streiks muß sparsam angewandt werden. Es muß zuvor alles genau abgewogen werden. Der Verbandsvorstand hat das getan. Die Urabstimmung wäre hier ein Risiko gewesen. Aber die Urabstimmung ist ein statutarisches Mittel, das man sonst schon einmal anwenden kann. Vater hatte nicht recht, daß die Gewerkschaften nicht energisch genug bei den Verhandlungen mit den Prinzipalen auftreten. Die Wappe unter den Arm zu nehmen und abzugeben, das ist auch schon getan worden. Damit hat man aber noch nichts erreicht. Reiser hat zu viel behauptet über das Zurückbleiben der Buchdrucker mit ihren Löhnen; aus der Provinz und aus Ostpreußen höre man doch günstigere Mitteilungen. Als wir im vergangenen August v. J. den bekannten großen Aufsprung machten, der bald jedoch wiederum Täuschung war, da hatten die Buchdrucker die andern Arbeiter gegen sich, und das Leipziger sozialdemokratische Organ schrieb sogar einen Leitartikel gegen die wirtschaftlich-bäulische Lohnkonjunkturpolitik der Buchdrucker. Das sind Tatsachen. Die Kommunisten haben jetzt wieder die Parole der gewerkschaftlichen Einheitsfront herausgesteckt. Da ist Vorlicht geboten, Moskau hat ganz andre Absichten dabei.

Darauf gibt Klein (Berlin) den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Die 133 Mandate sind als richtig befunden worden. Von Leipzig haben Proteste vorgelegen. Die unterlegene Seite (kommunistisch) erhebt Einwand, daß eine Begrenzung der Kandidaten nach oben stattgefunden hat. Es steht jedoch fest, daß eine große Mitgleiderversammlung zur Kandidatenaufstellung dieses Verfahrens beschlossen hat. Die Wahlordnung enthält keine Bestimmung dagegen. Die Schriftschneider protestieren, daß man ihren Kandidaten keine nicht als Spartenvertreter zur Kandidatur zugelassen hat. Die Kommission ist der Meinung, daß eine Berechtigung zur Kandidatur sich nicht von der Eigenschaft als Drucker, Setzer usw. herleitet, sondern aus der Ver-

bandszugehörigkeit im allgemeinen. Die Kommission beantragt daher, die Leipziger Proteste abzuweisen. Der Verbandstag stimmt dem einmütig zu.

Chel: Wenn in der bisherigen Debatte Klage darüber geführt wurden, daß Berliner Delegierte verschiedene Auffassungen zur Geltung bringen, so ist das darauf zurückzuführen, daß völlige Meinungsfreiheit besteht. Auch ich bin in verschiedener Richtung über Berliner Vorkommnisse anderer Meinung; aber darüber wäre am besten bei Erörterung der Tarifangelegenheiten zu sprechen. Er bedauert den Mangel einer Einheitslichkeit bei verschiedenen Vorkommnissen im Verbands- und wünscht, daß in Zukunft der Verbandsvorstand die Führung wieder in die Hand bekommt. Wir müssen wieder eine feste und geschlossene Organisation und Leitung bekommen, die die Zügel fest in der Hand hält. Zur Frage der Urabstimmung habe er überhaupt nichts gesagt. Es gibt in dieser Frage aber Momente, die am besten nicht öffentlich behandelt werden sollten. Denn es ist oft ein großer Unterschied zwischen Versammlungsentscheidungen und den Resultaten einer Urabstimmung. Wir dürfen uns keinen Dunst vormachen, sondern müssen aus den realen Tatsachen die Lehren ziehen. Ganz entschieden verwahre er sich aber dagegen, als Kommunistenfresser hingestellt zu werden, denn er habe bei seinen ersten Ausführungen überhaupt nicht von Kommunisten gesprochen, sondern nur verlangt, daß der Verbandsvorstand, wenn der Verband von einzelnen heruntergerissen wird, dagegen einschreite. Es wäre töricht, die Opposition mundtot machen zu wollen. Etwas andres sei es jedoch mit dem „Grabschischen Bloß“. Was durch diesen verbroschen wird, ist keine Opposition, sondern eine fortgesetzte Verächtlichmachung der Organisation. Es gibt eine ganze Menge guter Freunde, die sich einbilden, Kommunisten zu sein, in Wirklichkeit aber gar keine sind und nur hinter den Kommunisten herlaufen. Schöne Ratschläge sind ganz nett; aber man muß auch einmal zeigen, daß man sich nicht alles gefallen lassen will. Das muß besonders solchen Kollegen gegenüber zum Ausdruck kommen, die unsere Organisation beschmücken, und zwar sogar in Versammlungen von andern Organisationen. Gegenüber der Behauptung des Kollegen Sporn, daß in Berlin Kollegen mit Stahlhelm herumlaufen, könne er nur sagen, daß diese Behauptung auf ziemlich große Phantasie schließen lasse.

Uhrig: Wenn man sich in der Beurteilung der Dinge nur nach dem gehörten Geschäftsbericht richten möchte, so wäre anzunehmen, daß alles in schönster Ordnung sei und unser Verband am besten über die schlechte Zeit hinweggekommen wäre. Es ist auch gesagt worden, daß alles geschehen sei, was möglich war; vermisst habe er aber Angaben darüber, was noch geschehen hätte sollen. Die Mannheimer Kollegenschaft bedauere insbesondere, daß ihre Interessen oft nicht in wünschenswerter Weise gewahrt wurden, wie überhaupt die Interessen der Provinzkollegen weit mehr berücksichtigt werden sollten. Er bedauere, daß unsere Vertreter den Achtstundentag durch das Arbeitszeitabkommen so leicht fallen ließen; bedauerlich sei aber auch, daß bei der später eintretenden Rückkehr von der längeren Arbeitszeit zum Achtstundentag gewisse Hemmungen in Kollegenkreisen zu verzeichnen waren. Gegenüber den Zeitungsverboten müsse unbedingt schärferer Widerstand gezeigt werden. In der Frage der Extrabeiträge herrsche unter der Kollegenschaft große Unzufriedenheit, denn zu den vom Verbandsvorstand ausgeschriebenen zwei Extrabeiträgen kamen in verschiedenen Gauen und Bezirken noch besondere Beiträge zur Abtragung von Schulden aus verschiedenen Bewegungen der letzten Zeit. Gegen eine finanzielle Kräftigung des Verbandes besteht in der Kollegenschaft keine Abneigung. Aber sie muß in vorstichtiger und kritischer Weise durchgeführt werden. Die im Laufe der bisherigen Debatte schon lautgewordene Warnung vor einer Überfütterung mit Literatur hat ihre Berechtigung; dennoch wäre es erforderlich, daß besonders für die Lehrlinge auf diesem Gebiete noch weit mehr getan werden sollte. Es wäre zu bearbeiten, wenn mit dem Bildungsverband in diesem Punkte gewisse Vereinbarungen getroffen werden könnten.

* Zu der vorherigen Nummer mußte die ausführliche Berichterstattung des mangelnden Raumes wegen im Laufe einer Sitzung abgebrochen werden. Die Fortsetzung erfolgt hiermit in Verbindung mit den weiteren Sitzungstagen im Rahmen einer Extrazusgabe.

Klein (Stuttgart) wendet sich gegen die alleinige Verantwortlichmachung des Verbandsvorstandes für Dinge, die er gar nicht zu überwinden in der Lage war. In der Zeit der Inflation ging es so rasch abwärts, daß alle acht Tage hätte um neue Forderungen gekämpft werden müssen, und das konnte von keiner Organisation durchgeführt werden, ebensowenig von der gesamten Arbeiterschaft. Selbst in normalen Zeiten war es nicht möglich, alle Wünsche zu erfüllen. Dazu bedarf es einer ganz andern Umstellung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die in der Märfierfrage zutage getretenen Ansichten stimmen ebenfalls nicht ganz. Der DGB kann nicht einfach Ja oder Nein sagen, weil andere Organisationen für solche Entscheidungen die Verantwortung zu tragen haben. Insbesondere ist auch zu berücksichtigen, was dann geschehen soll, wenn sich an die Märfier eine Aussperrung anschließt. Im allgemeinen haben die Ortsstellen die Entscheidung zu treffen. Aber da setzt sich sofort der Unterschied zwischen dem Buchdruckgewerbe und andern Industrien. Wenn die Zeitungen am 1. Mai ausfallen oder erscheinern, dann weih die ganze Öffentlichkeit, was die Buchdrucker getan oder nicht getan haben. Für andere Gewerbe besteht keine solche öffentliche Beurteilung, weshalb auch für diese eine weit beweglichere Haltung zur Märfierfrage möglich ist. Auch bei dem Kampf der Unternehmer zur Beseitigung des Achtstundentages hatten wir von Anfang an mit großen Schwierigkeiten zu rechnen, die aus andern Industrien und Arbeiterkreisen hervorgingen. Schon Ende 1922 zeigten sich die Anfänge einer Lockerung des Achtstundentages in großen Industriezweigen, und unsere Vertreter bei den Tarifverhandlungen bekamen schon damals von Unternehmerseite zu hören, daß es auf die Dauer unmöglich sein werde, in dieser Frage das Buchdruckgewerbe auszuscheiden. Das spätere Arbeitszeitgesetz warf schon seine Schatten voraus. Auf dem Gebiete der Pressefreiheit könnte viel Nachteil vermieden werden, wenn in der Arbeiterpresse der äußersten Linken vorsichtiger und anspruchsvoller gegen Andersdenkende verfahren würde; es fehlt oft der richtige und zweckdienlichere Ton. Daß der Bildungsarbeit mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden muß, ist allgemeiner Wunsch. Wenn auch in den letzten beiden Jahren auf diesem Gebiete ein gewisser Stillstand nicht zu vermeiden war, so dürfte doch jetzt die Zeit gekommen sein, wo wieder mehr geleistet werden könnte. Insbesondere den Lehrlingen muß hier mehr geboten werden. Er empfehle daher zunächst, das den Verbandsstagsdelegierten mit den Verbandsstagsdrucksachen übergebene kleine Büchlein „Der Verband der Deutschen Buchdrucker“ auch den Lehrlingen zukommen zu lassen. Es wird zweifellos dazu beitragen, daß die Beurteilung der gewerkschaftlichen Ziele und Aufgaben bei der heranwachsenden Generation eine tiefere und bessere wird als bisher und uns neue und überzeugte Kämpfer und Mitstreiter bei unsern schwierigen Aufgaben für die Zukunft bringen wird.

Klein (Dort): Bei allen berechtigten Wünschen zur Vertiefung der Bildungsbestrebungen dürfen wir nicht übersehen, daß gerade in solchen Kreisen, die es am nötigsten hätten, eine große Interesslosigkeit besteht. Es wird daher nötig sein, zunächst den Versammlungsbetrieb stärker zu beeinflussen. Er verurteilt in einschneidender Weise die Haltung der Verlagsgesellschaft der deutschen Konsumvereine, deren vier Direktoren gar keine Ahnung mehr davon zu haben scheinen, was sich für Betriebe, die der Arbeiterschaft gehören, in Arbeiterfragen gehört. Der Kommunistenfrage wird viel zuviel Bedeutung beigelegt. Die Hamburger Kollegenchaft hat die Anhänger dieser Richtung austoben lassen; nun haben sie sich erschöpft und das Versammlungsleben ist wieder ruhiger geworden. Wenn aber die Opposition im „Graphischen Bloß“ so weiter getrieben werden sollte, wie bisher, dann dürfte der Standpunkt Gehls seine Berechtigung haben. Auch der Wunsch, vergangene Dinge zu übergeben, hat ebenfalls eine gewisse Berechtigung, aber doch wird es gut sein, wenn wir nicht vergessen, was aus der Vergangenheit zu lernen war. Es muß damit gebrochen werden, daß die Arbeitskraft als Handelsobjekt angesehen wird. Wir stellen keine inständige Forderungen, aber berechtigte Forderungen müssen unbedingt durchgesetzt werden. Die Aprilbewegung war für die Berechtigung dieser Forderung ein guter Beweis, was auch die Hamburger Mitgliedschaft erfahren hat. In der Vergangenheit wurde viel zuviel Rücksicht auf die Unternehmer genommen. Die Folge war eine große Vereinerung der Unternehmer durch Vermehrung ihrer Sachwerte in Druck- und Schmalzmaschinen sowie sonstiger Betriebsrichtungen. Ein großer Schaden für die Druckerkollegen ist die Gleichstellung der Lehrlingskata mit jener der Seher. Denn es besteht die traurige Tatsache, daß die Zahl der arbeitslosen Drucker heute verhältnismäßig viel größer ist als früher und der übrigen Sparten. Diesem Uebelstand muß unbedingt ein Ende bereitet werden. In der Frage der Arbeitszeitverlängerung könnte manches besser sein, wenn die Betriebsräte überall ihren Mann besser stellen würden; aber leider stoßen auch sie oft auf zuviel Egoismus unter den Kollegen.

Ortel: Die Gewerkschaften haben ein gut Teil Verantwortung für das, was der Verbandsvorstand beschlossen hat, mitzutragen. Sie mußten sich dafür auch oft lebhaft kritisieren lassen. Und doch hätten diese Kritiker bei einem tieferen Einblick in die jeweiligen Verhältnisse wahrscheinlich auch nicht anders entscheiden können. Es dürfen daher auch jetzt die verwickelten Zeiten der Vergangenheit bei einer objektiven Beurteilung nicht außer acht gelassen werden. Provinzauvertreter haben bei ihrer Stellungnahme auch die Interessen der Großstadtkollegen zu berücksichtigen. Wenn man dies tut, dann zeigen sich auch für die Provinz Differenzierungen. Die unterschiedlichen gewerkschaftlichen Verhältnisse sind oft für die eine oder andere Entscheidung maßgebend gewesen. Manchmal hat sich auch gezeigt, daß in der Provinz eine stärkere Unzufriedenheit vorhanden war als in einzelnen Großstädten, was auch zu Missstimmungen zwischen Provinz und Großstadt geführt hat. Hier

aber müssen die allgemeinen Verhältnisse berücksichtigt werden. Von manchen Rednern sind Richtlinien in verschiedenen Dingen gefordert, aber Vorschläge dafür, wie diese Richtlinien aussehen sollten, wurden bis jetzt noch von keiner Seite gemacht. Auch Richtlinien sind kein Allheilmittel. Die Bundesratsvorschriften sind auch Richtlinien, aber ihre Beachtung läßt sehr viel auch bei der Kollegenschaft zu wünschen übrig. Gegen die unerhörte Beschimpfung und Herabwürdigung des Verbandes und seiner Führer muß Protest erhoben werden. Wir müssen insbesondere unsere jungen Kollegen vor Zingelpunkten politischer Parteien zu bewahren suchen. Die Frage des Industrieverbandes hat schon mancherlei Wandlungen erfahren. Beachtenswert sei die Idee Fimmens bezüglich einer engeren Zusammenfassung der Berufsorganisationen in internationalen Berufssekretariaten. Auch Restriple nehme in dieser Frage einen Standpunkt ein, wonach die Zeit der Berufsorganisationen noch nicht abgelaufen sei. Die wirtschaftliche Entwicklung sei dazu noch viel zu unklar. Die Wiedereinführung einer Betriebsratsbeilage zur Gewerkschaftszeitung des DGB wäre wünschenswert. Wenn ein großer Teil der Betriebsräte heute amtsmüde geworden ist, so sei das in erster Linie auf die ihnen von kommunistischer Seite widerfahrenen Anpöbelungen zurückzuführen. Zu einer größeren Belebung der Lehrlingsabteilung müssen den Gewerkschaften mehr Mittel und größere Selbstständigkeit gegeben werden. Bei Zeitungsverboten ist zu fordern, daß die dadurch arbeitslos werdenden Arbeiter entschädigt werden; aber verlangt muß auch werden, daß nicht selten Zeitungsverbote aus gewissen parteipolitischen Gründen direkt provoziert werden und dadurch die Geduld der Buchdrucker nicht selten mißbraucht worden ist.

Seib verliest eine inzwischen eingegangene Entschliessung gegen die gewerkschaftsfeindlichen Bestrebungen der kommunistischen Partei. (Der Wortlaut dieser Entschliessung ist am Schlusse des Berichtes über den zweiten Verhandlungstag abgedruckt.)

Sübner gibt Aufschluß über die Organisationsbeziehungen der graphischen Arbeiterschaft in Danzig, die zwar sehr gut sind, aber doch nicht als Industrieverband anzusprechen sind. Bestehende Differenzen mit dem Zentralvorstand der Buchbinder hofft der Redner in mündlicher Verhandlung während des Verbandstages noch beseitigen zu können.

Sannemann: Wir dürfen es gegenüber dem Verbandsvorstand als „Arbeitgeber“ nicht so machen wie die Unternehmer machen; es müssen immer die tatsächlichen Verhältnisse mehr berücksichtigt werden. Es ist oft vorgekommen, daß die Massen unsern Führern das Konzept verdorben haben, meistens ohne dadurch der Arbeiterschaft zu nützen. Anzuerkennen ist jedoch, daß der Verbandsvorstand in allen Situationen im Interesse der Organisation gearbeitet hat. Wir im Osten sind sozusagen ein Bortort von Moskau, haben aber dennoch keine so scharfen Auseinandersetzungen mit den kommunistisch gesinnten Kollegen. Wir vertragen uns ganz gut miteinander. Bei den Kapitalen hat sich schon manche Wandlung vollzogen, so daß wir das alles nicht mehr so tragisch nehmen. Es sind schon so viel Richtlinien aufgestellt worden, daß man sich bald gar nicht mehr auskennt. Unsere besten Richtlinien haben wir im Verbandsstatut, im „Korr.“ und in unsern Führern selbst.

Tilgner kann in einem Verbot der Mitarbeit am „Graphischen Bloß“ keinen Nutzen erblicken. Seine Abonnentenzahl ist so weit zurückgegangen, daß er kaum noch ernstlich in Betracht kommt. Anders sei es mit der Abwehr der kommunistischen Kampfesweise. Er empfiehlt die Annahme der dazu eingereichten Entschliessung.

Prützer kritisiert die Unklarheiten bezüglich der Märfier. Ein Ort beschlicke Arbeitsruhe, der andere nicht. Daher müssen entweder vom DGB, oder vom Verbandsvorstand klare Richtlinien herausgegeben werden. Die Verhältnisse in Arbeiterdruckereien lassen oft manches zu wünschen übrig. In der Frage der Arbeitszeit habe der Egoismus der Kollegen manchmal sehr hemmend gewirkt.

Schweini nimmt kurz zu den vorgebrachten Einwendungen gegen die Extrabeiträge Stellung. Sie seien auch vom Verbandsvorstande nur ungenügend beschlossen worden. Es handelte sich dabei in erster Linie um die Wahrnehmung einer augenblicklich günstigen Gelegenheit, um die endliche Verlegung des „Korr.“ nach Berlin durchzuführen zu können, und zwar ohne die finanzielle Kraft des Verbandes zu schwächen. Von einer Erhöhung des Verbandsbeitrages wurde Abstand genommen, weil dem Verbandsstag das Recht der Entscheidung in dieser Frage nicht beschnitten und dieser nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden sollte. Wenn es sich bei der Erhebung der Extrabeiträge nur um die Form handelt, dann muß es auch möglich sein, darüber hinwegzukommen. In der Regel sind es nur einzelne Kollegen, während die große Mehrheit der Kollegenschaft davon überzeugt war, daß das verlangte Opfer nur im Interesse des Verbandes liegt. Ob es sich in Zukunft vermeiden läßt, daß man Extrabeiträge erhebt, ist schwer zu sagen und läßt sich auch nicht im voraus festlegen. Es kann wohl vorkommen, daß kein anderer Weg mehr übrig bleibt. Der Kampf um den Achtstundentag erfordert möglicherweise einen Volksentscheid. Das kostet aber Geld. Und dazu müssen die Gewerkschaften in erster Linie beitragen. Es müssen zur rechten Zeit die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen. Da uns Buchdrucker das bekannte Markenleben nicht sympathisch ist, wird vielleicht auch hierfür noch ein Extrabeitrag notwendig werden.

Grakmann: Die konsumgenossenschaftlichen Betriebe sollten vorbildlich sein für die gesamte Arbeiterbewegung. Immer hat der DGB darauf bedrungen, daß die Konsumgenossenschaften diesen vorbildlichen Charakter bewahren. Der Bundesvorstand hat daher auch sofort Einspruch gegen das Vorgehen der Verlagsgesellschaft der deutschen Konsum-

vereine erhoben. Auch wir können es nicht billigen, daß die bisherigen besseren Verhältnisse in den konsumgenossenschaftlichen Betrieben abgebaut und nur noch tarifliche Verpflichtungen in diesen Betrieben Geltung haben sollen. Eine derartige Handlungsweise wird vom Bundesvorstand entschieden zurückgewiesen, andernfalls müsse das ganze Verhältnis der Gewerkschaften zur Genossenschaftsbewegung einer Revision unterzogen werden. Es ist daher eine Aussprache zwischen den beiden Zentralinstanzen der Gewerkschaften und der Genossenschaften seit längerer Zeit vorgesehen; diese konnte jedoch infolge der sich in letzter Zeit häufenden Aufgaben und Verhinderungen der beiderseits verantwortlichen Personen noch nicht stattfinden. Die Konsumvereinsbetriebe gehören der Arbeiterschaft. Wir werden uns daher solche Sachen unter keinen Umständen mehr gefallen lassen. Bei der Maifeierfrage ist zu unterscheiden zwischen der eigentlichen Feier und der Arbeitsruhe. Der Bundesausschuß des ADGB. konnte nicht dazu gelangen, dem Bundesvorstand eine Anweisung zu geben, die unbedingt für alle Gewerkschaften Geltung haben könnte. Weil die Arbeitsruhe am 1. Mai eine Verletzung des Arbeitsvertrags in juristischem Sinne darstellt, sind daraus allerlei Schwierigkeiten für einzelne Gewerkschaften zu berücksichtigen. Undenkbar ist auch eine tarifliche Festlegung der Arbeitsruhe. Denn wenn man gegen das heutige Unternehmertum am 1. Mai durch Arbeitsruhe demonstrieren will, so kann man sich dies doch nicht von dieser Seite tariflich attestieren lassen. Schon früher, vor dem Kriege, kam es zu großen Aussperrungen wegen der Maifeier und die größten Gewerkschaften haben gegen die damaligen Parolen der sozialdemokratischen Partei entschieden protestiert. Auch heute noch lassen sich die großen Gewerkschaften in dieser Richtung keine Bindung auferlegen. Daher kann auch der Bundesvorstand den Gewerkschaften keine unbedingten Vorschriften machen, weil die Gewerkschaften dafür die Kosten und die Verantwortung allein zu tragen hätten. Daher kann der Bundesvorstand nur die ideale Bedeutung der Maifeiergründlässe hervorheben und öffentlich für deren Beachtung eintreten, während er für die Durchführung der Arbeitsruhe keine Mittel im Falle von Konflikten zur Verfügung stellen kann.

Seit (Schlußwort): Die diesmalige Behandlung des Geschäftsberichts durch den Verbandstag sieht wohlthuend von den diesbezüglichen Verhandlungen der letzten Verbandstage ab. Aus der Kritik im allgemeinen sind daher nur einzelne Punkte herauszugreifen. Einzelne Redner haben zwar über das Ziel hinausgeschossen, indem sie gegen angelegliche Beschlüsse oder Ausführungen gesprochen haben, die niemals beschloffen oder gemacht worden sind. Diese Redner haben sich selbst erst eine künstliche Grundlage geschaffen, um dann erst Kritik üben zu können. Da ist zunächst die Frage des Abschlußtags. Es wurde behauptet, er sei vom Verbandsvorstand mit Leichtigkeit preisgegeben worden. Aber schon im Vorwort zum Geschäftsbericht ist nachgewiesen worden, mit welchen Schwierigkeiten wir in dieser Frage zu rechnen hatten. Die Prinzipale forderten 57 Stunden, ein Schiedsgericht setzte 54 Stunden fest. Dieser Schiedspruch wurde von den Gehilfen abgelehnt. Die von den Prinzipalen beantragte Verbindlichkeitserklärung konnte durch unsern Widerstand verhindert werden; obwohl der Reichsarbeitsminister selbst der Auffassung war, daß das Buchdruckergewerbe von einer durch die Not der Wirtschaft bedingten Verlängerung der Arbeitszeit nicht ausgeschlossen bleiben könnte. Dann kam in freier Vereinbarung eine wesentliche Abänderung des Schiedspruches zustande. Es ist also alles getan worden, was in der Frage der Arbeitszeit möglich war. Denn ein anderer Weg hatte keine Aussicht angeht die damaligen Lage der Organisation und der Kollegenchaft. Zur Frage des Industrieverbandes liegen Anträge zur Statusberatung vor. Verschiedene Redner haben schon bei der Debatte über den Geschäftsbericht dazu Stellung genommen. Der letzte Gewerkschaftskongress hat in der gleichen Sache Beschlüsse gefaßt, die über die tatsächlichen Dinge weit hinausgegriffen haben. Die Zwischenzeit hat bewiesen, daß die Berufsorganisationen größeren Widerstand leisten können. Diese Tatsache hat den Gegnern des Industrieverbandes recht gegeben. Die Zeit der Berufsverbände ist noch nicht vorüber. Auch andre Organisationen sind der gleichen Meinung. Die Forderung der Urabstimmung beim letzten Tarifabschluß hat einige Berechtigung. Ein Teil der Gründe, warum der Verbandsvorstand von der Urabstimmung absehen mußte, wurde in der Debatte schon erwähnt. Die in Frage kommende Vereinbarung mußte in kurzer Frist anerkannt oder abgelehnt werden, das konnte durch eine Urabstimmung nicht erfüllt werden; sie hätte vier bis sechs Wochen in Anspruch genommen. Bezüglich der Maifeier ist der ADGB. nicht in der Lage, eine einheitliche Parole auszugeben. Was soll mit dem Transportergewerbe und sonstigen lebenswichtigen Betrieben geschehen? Auch für unsern Verband kann keine einheitliche Parole aufgestellt werden. Sie käme für unsre Mitglieder in allen Druckorten in Betracht, während sich die übrige Arbeiterschaft an den betreffenden Orten zum größten Teil gar nicht um die Maifeier bekümmern würde und an Arbeitsruhe am 1. Mai überhaupt nicht denkt. Die Maifeier ist also eine Frage der Allgemeinheit oder sie muß in anderer Weise geregelt werden. Das Verhalten der Kommunisten oder der Schädiger der Organisation wird durch eine besondere Resolution verurteilt. Ob gegen die Schädiger der Organisation vorzugehen werden sollte, wird auch im Verbandsvorstande verschieden beurteilt. Er selbst sei der Ansicht, daß man manches über sich ergehen lassen könne, ohne immer die äußersten Konsequenzen zu ziehen. Es gibt dazu statistische Mittel; sie brauchen nur angewandt zu werden. Der Verbandsvorstand ist Beschwerdestanz. Aber man soll keine Staatsaktion von Dingen machen, die diese Bedeutung gar nicht haben. Die bisherige Haltung des Verbandsvorstandes hat bewiesen, daß sie richtig war. Nach Nürnberg und Leipzig

zeigt der jetzige Verbandstag, daß das Vertrauen der Kollegenchaft zur Organisation wieder größer geworden ist. Deshalb wird es in Zukunft auch leichter möglich sein, einzelne Kollegen, die das Vertrauen in die Organisation zu untergraben suchen, in ihre Schranken zurückzuweisen. Es muß verlangt werden, daß sich jedes Verbandsmitglied dem Verbandsstatut zu unterstellen hat. Wenn gewünscht wurde, daß der Verbandsvorstand die Zügel fester in die Hand nehme, so könnte nur gesagt werden, daß der Verbandsvorstand mehr, als er getan hat, nicht tun konnte. Von einem Tag zum andern müßten ja oft andre Dispositionen getroffen werden. Wir wissen alle, was wir durchgemacht haben; mehr konnte nicht geleistet werden. Und mancher Wunsch konnte daher nicht erfüllt werden. Gegenüber dem Bestreben, die Organisation unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, konnte überhaupt keine andre Haltung des Verbandsvorstandes eingenommen werden. Die Ansicht, daß der Verbandsvorstand kein Recht habe, den Mitgliedschaften Vorschriften über die Beitragshöhe zu machen, kann der Verbandsvorstand nicht anerkennen. Mahnend und warnend einzugreifen ist unsere Aufgabe, wenn wir sehen, daß an einzelnen Orten die Kollegenchaft stärker, als es im Interesse der Organisation gelegen, befaßt wird. Das muß auch bei der Festlegung der Gau-, Bezirks- und Ortsbeiträge beachtet werden. Die erhobenen Vorwürfe wegen nicht genügender Berücksichtigung der Auswirkungen der Zentralisation der Reichsdruckerei und der sich daraus ergebenden Differenzen tariflicher Art in der Regelung der Organisations- und Besoldungsverhältnisse unserer Mitglieder in Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben durch den Verbandsvorstand sind nicht berechtigt. Es bestehen gewisse Richtlinien des ADGB., die vom Verbandsvorstand zu beachten sind. Das betrifft die tarifliche Lohngestaltung oder Besoldungsfragen für Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe. Bei den Staatsarbeitern haben wir bei Lohnregulungen für unsre Kollegen ein Mitwirkungsrecht erreicht, das durch den zweiten Verbandsvorstande wahrgenommen wird; bei Fragen, für die der Werkmeisterverband oder die KfM zuständig ist, ist noch keine definitive Verständigung erzielt, weil die Zahl unsrer Kollegen sehr gering ist. Aber es wird auch da getan, was noch möglich ist. Auf die Ausführungen einzelner Redner eingehend, weist der Verbandsvorstande zunächst nach, daß Vorwürfe wegen nicht genügender Berücksichtigung einzelner Mitgliedschaften unberechtigt seien, die Verletzung der zentralen Lohnverhandlungen habe im Interesse der Allgemeinheit der Kollegenchaft gelegen und damit auch allen Mitgliedschaften gebiete. Das Verlangen nach mehr Aufklärung der Kollegenchaft ist berechtigt. Es wäre daher zunächst wohl zweckmäßig, wenn der Verbandstag dazu Stellung nehmen würde, daß die den Verbandstagsbelegierten vorliegende kleine Schrift „Der Verband der Deutschen Buchdrucker“, die von den Kollegen Krahl und Helmholz bearbeitet wurde, besonders den Lehrlingen zur Verfügung gestellt werden soll. Den weiteren Wünschen nach vermehrter Aufklärungsarbeit hat der Verbandsvorstand in letzter Zeit ebenfalls in verstärktem Maße Rechnung zu tragen versucht; es sind in letzter Zeit zu sämtlichen Gattungen Vertreter des Verbandsvorstandes entsendet worden; ebenso zu verschiedenen Bezirksversammlungen und Jungbuchdruckertagen. In gleicher Weise soll auch in Zukunft verfahren werden. Und es wird noch zu erwägen sein, in welcher Weise eine schnellere und ausgedehntere Information der Funktionäre des Verbandes durchgeführt werden kann, obwohl diese Frage auch taktische Seiten hat. Die Aufklärung der Betriebsräte ist leider durch den Wegfall der Betriebsrätezeitung des ADGB. und jener des Graphischen Bundes etwas zurückgegangen; aber diese Einschränkung war infolge der bekannten Inflationswirkungen nicht zu vermeiden. Inzwischen wurde für dieses Gebiet eine besondere Rubrik im „Korr.“ eingeführt, und es wird zu prüfen sein, in welcher Weise diese noch ausgebaut werden kann. Aber es fehlt auch nicht an Stimmen, die vor einer Übersäuerung dieser Frage warnen. So habe a. B. der Redakteur der eingegangenen Betriebsrätezeitung, der Genosse Körpel, offen ausgesprochen, daß eine große Gefahr darin bestehe, wenn sich die Betriebsräte in erster Linie als besondere Betriebsvertretungen fühlen und dadurch bei der Vertretung von Arbeiterinteressen einem gewissen Betriebsegoismus Vorschub leisten. Die Betriebsräte sollten sich mehr als Beauftragte der Gewerkschaften fühlen und nicht Sonderinteressen Vorschub leisten. Was in dieser Beziehung zu sagen wäre, könne sehr wohl im Verbandsorgane geschehen, damit es alle Kollegen lesen können. Besondere Organe sind dazu nicht erforderlich. Auch sei es nicht richtig, daß jeder Kündigungsstermin des Lohntariffs wahrgenommen werden müsse. Das müsse von den wirtschaftlichen, gewerblichen und andern mahnenden Veränderungen abhängig sein. Es ist auch von einer Erpresserpolitik der Prinzipale zu gewissen Zeiten gesprochen worden. Das mag hart klingen. Aber auch die Gehilfenvertreter waren schon oft gezwungen, in gleicher Weise die Ungerechtigkeit der Haltung der Prinzipale zu kennzeichnen. Wenn nun verlangt wird, daß wir eine ähnliche scharfe Politik wie die Prinzipale treiben sollten, so könnte dies doch nicht als allgemein gültiger Grundsatz anerkannt werden. Es sind dabei auch politische Verhältnisse zu berücksichtigen. Der Vorwurf, daß wir die ersten gewesen seien, die einer Verlängerung der Arbeitszeit zugestimmt hätten, ist ein großer Irrtum. Als wir vor dem ersten Arbeitszeitabkommen für unser Gewerbe standen, waren uns schon über 90 Tarife bekannt, in denen eine längere Arbeitszeit festgelegt war. Darunter solche mit bis zu vollständiger Arbeitszeit. Und unter solch schwerem Druck waren wir in schwerer Zeit gezwungen, nachzugeben. Dann ist auch verlangt worden, der ADGB. hätte eingreifen sollen. Aber auch dieser hat sein mögliches getan. Aber unter den damaligen Verhältnissen konnte der ADGB. ebensowenig einen größeren Druck ausüben wie wir. Zu dem schon gerügten Verhalten der Verbands-

gesellschaft kann der Verbandstag mit Berechtigung Stellung nehmen. Arbeiterunternehmungen haben den Forderungen der Arbeiterorganisationen in erster Linie Rechnung zu tragen und haben über das hinauszuweisen, was die Privatunternehmer auf tariflichem Gebiete zugehen müssen. Wir sind leider nicht die ersten, die mit diesem Unternehmen der Arbeiterschaft in Konflikt kommen, viele andre Arbeitergruppen waren schon früher und auch öfter als wir dazu gezwungen. Auch der Wunsch, daß bei uns das eine oder andre noch vereinfacht werden könnte, würde gern berücksichtigt, wenn der Verbandsvorstand die nötige Unterstützung dafür auch in den Gauen finden würde.

Hierauf wurde zur Abstimmung über die zum ersten Punkt der Tagesordnung gestellten Anträge und eingereichten Entschlüsse abgelehnt.

Antrag 1 (Hamburg), der die Nichtanwendung der Urabstimmung mißbilligt, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Anträge 2 (Gau Frankfurt-Hessen) und 3 (Hildesheim), die sich auf Ausbau des Nachrichtendienstes des Verbandes beziehen, wurden mit großer Mehrheit angenommen.

Folgende Entschlüsse betreffend Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine:

Der 12. Verbandstag der Buchdrucker verurteilt auf das schärfste die Handlungsweise der Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine gegenüber der organisierten Arbeiterschaft, insbesondere in der Frage des Überzeittabkommens.

Der Verbandsvorstand wird beauftragt, überall dort, wo sich in Arbeiterbetrieben und in der Arbeiterschaft nahestehenden Betrieben unseres Gewerbes in bezug auf Verschlechterung der Arbeitsbedingungen Unternehmermethoden eingebürgert haben, energische Schritte zu unternehmen, um diese Zustände zu beseitigen, wurde einstimmig angenommen.

Zur Frage der Arbeits- und Besoldungsverhältnisse der in Reichs- und Staatsbetrieben als Beamte und Angestellte beschäftigten Verbandsmitglieder wurde folgende Entschlüsse:

Um bei Verhandlungen über die Arbeits- und Besoldungsverhältnisse der in Reichs- und Staatsbetrieben als Beamte und Angestellte beschäftigten Verbandsmitglieder deren Interessen wahrnehmen zu können, wird der Verbandsvorstand beauftragt, mit dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund in Verbindung zu treten und eventuell einen entsprechenden Beitrag an denselben für die genannten Mitglieder zu leisten, der es ermöglichen soll, bei den diesbezüglichen Verhandlungen einen Vertreter des Verbandes der Deutschen Buchdrucker zuzulassen, dem Verbandsvorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Zur Frage der Mitarbeit am „Graphischen Bloß“ wurde nachstehende Entschlüsse:

Der 12. Verbandstag des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Hamburg erklärt die Mitarbeit am „Graphischen Bloß“ in irgendeiner Form durch Mitglieder des Verbandes als unvereinbar mit den Grundfäden der Organisation und beauftragt den Verbandsvorstand, die zur Verhinderung dieser Mitarbeit notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, abgelehnt.

Die Entschlüsse, die dem Verbandsvorstand für seine Tätigkeit das Vertrauen ausspricht, und folgenden Wortlaut hat:

Der 12. Verbandstag in Hamburg spricht dem Verbandsvorstand für seine Tätigkeit in der abgelaufenen schwierigen Geschäftsperiode sein Vertrauen aus und erwartet, daß er auch in Zukunft mit allen Mitteln die wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder wahrnimmt, wurde einstimmig angenommen.

Die gewerkschaftszerstörenden Bestrebungen der Kommunistischen Partei wurden durch Annahme folgender Entschlüsse:

Der Verbandstag verurteilt auf das allerschärfste die gewerkschaftszerstörenden Bestrebungen der Kommunistischen Partei. Er macht es allen Funktionären zur Pflicht, derartigen, den Bestand und die Schlagfertigkeit der Organisation schädigenden Handlungen den größten Widerstand entgegenzusetzen. Im Glauben an die baldige Überwindung dieser Krankheitserscheinungen in der Arbeiterbewegung bekennt der Verbandstag, daß die Einstellung des Verbandsvorstandes in den vergangenen Jahren die richtige gewesen ist, mit allen gegen eine Stimme zurückgewiesen.

In einer persönlichen Bemerkung stellt Kollege Sporn fest, daß er nicht gegen den Berliner Streik gesprochen habe, sondern über die Stellung des Verbandsvorstandes dazu.

Damit waren nach 8 Uhr abends Prüfung und Stellungnahme des Verbandstages zum Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes abgeschlossen. Doch fand am gleichen Abend noch ein Vortrag mit Lichtbildern über die gesamte fachtechnische Entwicklung im Buchdruckgewerbe statt. Sämtlichen Verbandstagsdelegierten wurde dabei durch den Verbandstaktiker Böhm eine interessanter und lehrreicher Einblick in die Entwicklung der Druckmaschinen (Buch- und Offsetdruck), der Stereotypie und der Setzmaschinen bis zu den neuesten Erfindungen gewährt. Da die Wiederabgabe eines Vortrages, der sich in der Hauptstadt auf Lichtbilderunterlagen stützt, an dieser Stelle nicht möglich ist, müssen

wir uns nur auf diese Mitteilungen beschränken. Doch sind wir überzeugt, daß die Delegierten nicht versäumen werden, das dabei Gesehene und Gehörte bei ihrer Mitwirkung am weiteren Ausbau des Verbandes zu verwerten, wie sie auch ihren Mandatgebern in eingehender Weise verständlich machen werden, in welch umwälzendes Stadium die graphische Technik in neuerer Zeit gekommen ist.

Dritter Verhandlungstag (3. September)

Vormittagsitzung

Seit gibt bei Eröffnung der Verhandlungen Kenntnis von einer Reihe eingegangener Begrüßungstelegramme und -schreiben (darunter ein solches der Görliker Lehrlingsabteilung).

Zur Beratung gelangt Punkt II der Tagesordnung: Stellungnahme zu den Anträgen auf Änderung der Satzungen und der Bestimmungen über die Unterstellungen.

Krauß weist als Referent des Vorstandes darauf hin, daß die diesmalige Antragstellung zu diesem Punkte sich gegen früher unterscheidet durch die wesentlich geringere Zahl der Anträge. Eine eingehende Diskussion der zum § 1 des Statuts vorliegenden Anträge ist um deswillen nicht nötig, weil diese ausgehen von einer Zentralstelle in der Berliner Münzstraße, also einer außerhalb unserer Reihen liegenden Instanz, die gleichlautende Wäsche auf alle Ortsvereine versandt. Ihre Ausarbeitung durch die Orte Grünberg i. Schl. und Rudolstadt zeugt von wenig Selbständigkeit. Andererseits handelt es sich um Dinge, die in früheren Generalversammlungen eingehend erörtert und in wohlwogeneren Beschlüssen ihren Niederschlag fanden. Die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der parteipolitischen Neutralität unterliegt keinem Zweifel mehr. Der gesunde Sinn hat die Zweckmäßigkeit der Aufrechterhaltung der Gewerkschaften als Organisationszentrum erkannt, zumal bei der heutigen parteipolitischen Zerissenheit der Arbeiterschaft. Das Bestreben, ein Parteibildnis aufzurichten, hat in der Arbeiterbewegung schon genug Schaden verursacht. Weiße Kreise sind dadurch wieder dem Indifferentismus in die Arme getrieben. Von den ehemaligen 8 Millionen freier Gewerkschaftler sind nur noch 4½ bis 5 Millionen vorhanden. Was sonst noch in den Anträgen zum § 1 verlangt wird, ist im Abhabe des Verbandstatuts bereits festgelegt. Der Antrag Wittenberg, betreffend die Faktorenmitgliedschaft, ist nicht zur Annahme zu empfehlen. Die im Nürnberger Antrag liegende Anregung auf Festsetzung einer Bedenkzeit hat bereits die Nürnberger und die Leipziger Generalversammlung beschäftigt. Redner geht ausführlich auf das Verhältnis eines großen Teils unserer Mitglieder zum Faktorenbund sowie auf die beiden Urabstimmungen über die Anschlussfrage ein und zieht daraus seine Schlüsse im Interesse der Kommissionsberatung.

Über die fernere Mitgliedschaft von Prinzipalen hat die Leipziger Generalversammlung entschieden. Diesmal liegen zwei entgegengesetzte Anträge vor. Bei der Definition „gewerkschaftliche Organisationen“ muß beachtet werden, daß dem Deutschen Buchdrucker-Verein neben genossenschaftlichen auch sozialistische und kommunistische Betriebe angehören. Mittel zum Ausschluß solcher Mitglieder, die sich in gewerkschaftsfeindlichem Sinne betätigen, stehen jetzt schon zu Gebote. Das gilt auch für die Mitgliedschaft in nationalistischen Verbänden, z. B. dem Stahlhelm, die unter verschiedenem Deckmantel Werbearbeit betreiben. Abgesehen davon, daß es sich hier um eine ebensolche Krankheitserscheinung handelt wie bei der kommunistischen Zerstörungsarbeit innerhalb der Gewerkschaften, ist die Anzahl der in Stahlhelmverbänden usw. befindlichen Verbandsmitglieder so wenig, daß sich besondere Maßnahmen nicht rechtfertigen lassen. Aufklärung bleibt hier das beste Mittel. Die Stellungnahme zur sogenannten Notbisse ist klar festgestellt durch die Beschlußfassung des Leipziger Gewerkschaftsfonelles, der es jedem Gewerkschaftler verbietet, der Technischen Notbisse anzugehören. Damit ist auch für uns die nötige Handhabe geboten. Die Anträge auf Durchführung der Verbandstagswahlen nach dem Verhältniswahlssystem führen zu Richtungsstreitigkeiten, die nicht im Interesse des Verbandes liegen können. Das Mehrheitsprinzip ist das allein gewerkschaftlich mögliche. Was gegen die geforderte forcierte Gründung des graphischen Industrieverbandes zu sagen ist, deckt sich im wesentlichen mit den auf der Leipziger Generalversammlung angeführten Argumenten. Die dort beschlossene Urabstimmung über die Industrieverbandegründung hat der Idee sicherlich mehr geschadet als genützt. Schon die dabei zutage getretene mangelhafte Beteiligung an der Urabstimmung hat die Behauptung widerlegt, daß die große Masse die Gründung von Industrieverbänden verlange. Eine Ansichtsänderung wird seitdem kaum eingetreten sein. Die Forderung auf Schaffung von Industrieverbänden ist vielfach zum leeren Schlagwort geworden, ohne die starken Unterschiede in den einzelnen Berufsgruppen zu berücksichtigen und ohne sich über das Organisationsprinzip klar zu sein. Die Zeit der Berufsverbände ist noch nicht vorüber, und die Gründung von Industrieverbänden bleibt eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. Keinesfalls kann eine zwangsweise Schaffung gemäß des aus Leipzig stammenden Antrages aufgegeben werden. Der Hinweis auf die zunehmende Konzentration des Unternehmertums ist nicht in jedem Falle zutreffend; zum Teil ist sogar eine Vergrößerung der Zersplitterung zu beobachten. In der Inflationszeit lag die größere Erfolgsmöglichkeit nicht bei den Massenorganisationen, sondern eher bei den festgefüllteren kleineren. Im Graphischen Bund ist bisher hingearbeitet worden auf eine Vereinheitlichung der Mandatstafeln der graphischen Organisationen. Darauf wird auch weiterhin hinzuwirken sein. Nach entsprechender Vorbereitung wäre ein Zusammenschluß der Buchdrucker und Steindrucker in erster Linie möglich. Keines-

wegs aber aus Gründen der technischen Entwicklung. Dieser wird einzig und allein auf dem Wege der Verständigung beizukommen sein. Vorläufig ist für die graphischen Organisationen die bisher schon ausgeübte enge Zusammenarbeit im Graphischen Bund das Gegebene.

Glaser präzisiert die Stellung des Verbandsvorstandes zu den Anträgen zum Unterstützungswesen. Auch hier ist die Zahl der Anträge beträchtlich zurückgegangen. Die Erkenntnis scheint allgemein zu sein, daß ein Aufbau des Unterstützungswesens schwierig ist. Diejenigen Mitglieder, die für Friedensbeitrag auch Friedenssätze verlangen, geben von falschen Voraussetzungen aus. Schon früher haben wir einmal vor einem Vermögensschwund gestanden, nämlich nach Beendigung des Neunstundenkampfes. Damals haben 7 1/2 Jahre niedrige Unterstützungssätze bestanden, ehe eine Aufwertung eintreten konnte. In Leipzig wurde festgelegt, 45 Proz. der Beitragseinnahmen für Unterstützungszwecke aufzuwenden. Das ließ sich jedoch nicht aufrechterhalten. Auf die Gründe geht Redner näher ein. Notwendig wäre eine Aussprache über die Beitragserhebung vor dem Zutritt der materiellen Kommission. Bei abflauernder Konjunktur ist mit beträchtlichen Ausgabeerhöhungen zu rechnen. Während sich der Invalidenstand in der Inflationszeit verringerte, bezug der Zugang an Invaliden allein in den ersten Monaten dieses Jahres 250. Die Anträge auf Erhöhung der Invalidenunterstützung sind aus diesem Grunde wenig aussichtsreich. Die Organisation zählt jetzt schon über das Doppelte der Reichssätze.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird die Diskussion eröffnet. Vorher geht noch folgender Antrag der Handseker ein: „Der Verbandstag wolle beschließen: Der erste Satz im § 18 Absatz 2 heißt: Die Beisitzer, soweit sie Handseker sind, werden von den Handsekermitgliedern am Sitze des Verbandes durch Abstimmung mittels Stimmzettels gewählt.“

Pötsch: Für die Gründung des Industrieverbandes ist die Entwicklungslinie gegeben. Strittig bleibt nur der Zeitpunkt für sein Inleben. In der Nachkriegszeit hat der Industrieverbandsgedanke stark an Boden gewonnen in Verbindung mit der eingetretenen Nivelierung der Löhne. Mit der fortschreitenden Stabilisierung der Währung ebbt die Bewegung ab. Seit Nürnberg und Leipzig ist zweifellos eine Beruhigung eingetreten, die eine leidenschaftlichere Behandlung der Industrieverbandsfrage ermöglicht. Die Zeit für ein organisches Hineinwachsen in den Industrieverband ist noch nicht erfüllt. Eine mechanische Zusammenfassung zu Industrieverbänden kann keinesfalls erfolgen. Der Gedanke des Graphischen Bundes sollte in unsern Reihen mehr propagiert werden. Die Zeitverhältnisse haben es leider verhindert, daß der Graphische Bund ersprießliche Borarbeit für den Zusammenschlußgedanken leistete. In der Wiederaufrichtung des Graphischen Bundes liegt die beste Möglichkeit zur Weiterentwicklung des Industrieverbandsgedankens. Die von Nürnberg beantragte „Durchorganisierung der Betriebsräte“ muß auf gewisse Bedenken stoßen. Sie bedeutet eine Zerreißen der Gewerkschaften und muß deshalb abgelehnt werden. Die Betriebsräte müssen Organe der Gewerkschaften bleiben. Das Verhältniswahlsystem hat innerhalb des Verbandes keine Berechtigung. Der Gauvorsteher haben ein Recht, getragen vom Vertrauen der Mitglieder, auf dem Verbandstag vertreten zu sein. Die Einführung des „Korr.“-Obligatoriums bedeutet eine Erschaffung des Organisationslebens. In der Abonnementspflicht liegt eine bessere Erziehungsmöglichkeit unfrer Mitglieder. Dem von Handsekerseite gestellten Antrag bezüglich der Wahl der Vertreter für den Verbandsvorstand ist zuzustimmen.

Reuler bedauert die Aufnahme solcher Leitartikel in die Antragsvorlage, wie sie die von Grünberg und Rudolstadt gestellten Anträge zu § 4 beinhalten. Wären diese Antragsteller ehrlich, dann hätten sie ihre Anträge auf die kurze Formel bringen müssen: Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund ist aufzulösen und der Buchdruckerverband zu zertrümmern. Übergang zur Tagesordnung über jene Anträge ist das allein Richtige.

Baier kommt auf den von Nürnberg gestellten Antrag betreffend die Organisationszugehörigkeit der Faktoren zu sprechen. Für die Faktorenfrage muß die grundsätzliche Erwägung maßgebend bleiben, die aus den Abstimmungen über die Anschlußfrage hervorleuchten. Wenn die Faktoren mit den freien Gewerkschaften nichts zu tun haben wollen, dann hat das einen gelben Beigeschmack. Für die Verbandsmitgliedschaft der meisten Faktoren ist nicht grundsätzliche Überzeugung, sondern mehr die Rücksicht auf unser Unterstützungswesen maßgebend. Um zu besseren Verhältnissen zu gelangen, ist die Annahme des Nürnberger Antrages wünschenswert. Daß der Graphische Bund im Sinne des Industrieverbandes gearbeitet hat, ist ja möglich, aber in der Öffentlichkeit ist davon nichts bekannt geworden. Die Aussichten für die technische Entwicklung weisen auf engeren Zusammenschluß hin; nicht minder die auf Unternehmenseite beliebte Auspielung der einen gegen die andre Gruppe bei Lohnverhandlungen. Auf eine Vereinheitlichung der Manzektarife ist unbedingt hinzuwirken. Auch sonst besteht die Notwendigkeit, die Industrieverbandsfrage ernsthaft zu prüfen. Die graphischen Kartelle bedeuten zumeist nur eine Verschwendung an Kraft und Geld. Die Betriebsräteschulung muß industriegruppenweise erfolgen; das bedeutet zugleich eine Schulung der Funktionäre. Auf Materiallieferung ist das Hauptgewicht zu legen.

Rohlschmidt mißt der Aussprache über den Industrieverband große Bedeutung bei. Er befürchtet, daß die eintretenden beaufsichtigten Reibungen innerhalb des Industrieverbandes starke sein werden. Von den Unterstützungszweigen muß wenigstens die Invalidenunterstützung erhöht werden.

Nachmittagskennung

Seit macht Mitteilung, daß die Esperantogruppe und die Idogruppe die Genehmigung zu einer Ausstellung hier im Saale erhalten haben; ebenso die Buchhandlung Muer & Co. Von dem zu errichtenden Verbandsbause ist nun hier das Modell ausgestellt.

Ehe in die Fortsetzung der Debatte zum Punkt II eingetreten wird, macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß noch 40 Wortmeldungen vorliegen. So kann es doch nicht weitergehen. Es muß entweder eine Kommission eingesetzt werden oder Verkürzung der Redezeit eintreten.

Es ist ein Antrag eingegangen, über die Anträge 4, 21, 117 (Rudolstadt und Grünberg) zur Tagesordnung überzugehen.

Ulrich (Berlin) beantragt Schluß der Debatte und Wahl einer Kommission, von der die ganze Materie durchgearbeitet werden soll.

Semmerich widerspricht, die zu wählende Kommission muß doch erst die Meinung des Verbandstages vollständiger kennen lernen. Reindorf wünscht, daß nur zehn Minuten eeredet werden darf und nur von einem Redner aus einem Gau. Klein (Stuttgart) hält es für richtiger, noch eine Stunde lang die allgemeine Debatte fortzuführen.

Es wird darauf der Schluß der Debatte abgelehnt, dafür aber Beschränkung der Redezeit auf zehn Minuten angenommen.

Pietsch kann Kraus nicht beitreten, den Berliner Antrag 39 (Definitiver Ausschluß, wenn neun Zehntel aller abgegebenen Stimmen in einer Versammlung dafür sind) abzulehnen. Es handelt sich hier um Ausschüsse wegen Nichtbeteiligung an der Arbeitsruhe des 1. Mai. Die Ausschüsse erfolgten mit großer Mehrheit. Auf eingereichte Beschwerde hat der Verbandsvorstand jenen Beschluß rückgängig gemacht. Auch zu den Ausschüssen aus dem Berliner Novemberfest hat der Verbandsvorstand eine Stellung eingenommen, die sie nicht für richtig halten. Die Gauvorstände sollten in solchen Lagen mehr Unterstützung beim Verbandsvorstande finden.

Semmerich vertritt die Ansicht, daß zu den Sakentkrenzern usw. abgeleitete junge Leute, wenn sie in die richtige Erziehungsarbeit genommen werden, noch brauchbar für die Organisation zu machen sind, denn sie betrachten ja diese Sachen meistens nur als Spielerei. Bei alten Sündern ist das jedoch anders, und Angehörige zur Technischen Nothilfe aus Verbandsreihen haben nichts mehr in unfrer Organisation zu suchen. Der Beschluß von Leipzig gegen die Zugehörigkeit von Prinzipalen war eine Härte. Trotz des Ausfalles der Abstimmung im Faktorenbund ist doch zu sagen, daß sich dort noch Faktoren befinden, die zu den Gehilfen stehen. Die Dablornung ist verbesserungsbedürftig, dabei darf aber nicht die Vertretbarkeit der kleinen Mitgliebschaften zu Schaden kommen. In Sachen des graphischen Industrieverbandes trifft der Artikel des Kollegen Dörband das Richtige. Vom Industrieverband darf man keine höheren Löhne erwarten. Für den Industrieverband ist die Zeit noch nicht gekommen. Den Invaliden sollte, wenn möglich, entgegengekommen werden. Der icheige Lohn verträgt seiner Ansicht nach keine Beitragserhöhung.

Prüter steht auf dem Standpunkt, daß ein Hineinwachsen in den Industrieverband stattfinden muß. Er ist, entgegen seiner früheren Ansicht, jetzt für Berufung der Gauvorsteher, da ihm schon bekannt geworden ist, die kleineren Orte würden ihn nicht wählen, damit sie einen Vertreter mehr erhalten; die Gauvorsteher sollten ohne weiteres auf dem Verbandstage erscheinen können. Der Verbandsvorstand sollte es noch einmal mit den Faktoren versuchen und für den Übergang zur WfM tätta sein. Eine monatliche Beilage zum „Korr.“ in Betriebsräteangelegenheiten ermöglicht es, daß bei Wechsel der Betriebsräte das Material erhalten bleibt. Der „Korr.“ müßte dreimal erscheinen. Es wäre vielleicht doch möglich gewesen, beim „Korr.“ keinen Abau im Erscheinen vorzunehmen, wenn rechtsseitig der Beitrag eher und mehr Erhöhung gefunden hätte. Die Invalidenunterstützung sollte doch erhöht werden. Der Beschluß betreffend die Prinzipale im Verbande war verfehlt. Die Leute von der Technischen Nothilfe sind ohne weiteres abzustufen.

Stürz: Der Antrag 6 von Leipzig betreffs Graphischer Industrieverband geht von andern Motiven aus, als von Kraus darstellt. Der Industrieverband wird meistens von der materiellen Seite aus aufgefakt, die ideale ist aber die Hauptsache, die berufs-egoistische Einstellung führt zum Standpunkt gegen den Industrieverband. Sporn hat gewissermaßen von einer Sabotage des Industrieverbandes durch den „Korr.“ gesprochen. Aus einem Artikel verliest Redner dafür Stellen und sagt, in mehreren weiteren Artikeln sei es ebenso oder ähnlich gewesen. Pritschow, der ehemalige Sekretär des Graphischen Bundes hat anscheinend nicht genügende Unterstützung gefunden, hat auch den „Korr.“ geladelt wegen seiner Stellungnahme gegen den Industrieverband.

Schindler: Der Widerstand gegen den Industrieverband ist gestiegen, die Unterstützungseinrichtungen bei den graphischen Verbänden bilden auch eine Ursache dazu. Dieser Widerstand muß aber überwunden werden. Die Betriebsräte müssen mehr von oben und auch von den Mitgliedern Unterstützung finden. Der „Korr.“ hat bei den Betriebsrätemähen zu wenig getan. (Widerpruch.) Er ist für Wahl der Gauvorsteher wie bisher. Es muß aber eine Wahlkreisordnung geschaffen werden, die einen Wahlausfall wie München ausschließt. Zur Neueinstellung der Gawe liegt diesmal keine Vorlage vor. Das hätte aber sein sollen. Die Invalidenunterstützung müßte Erhöhung finden. Die Kriegsdienstzeit sollte bei den Beiträgen angedreht werden. Er ist für das „Korr.“-Obligatorium, auch wenn Erhöhung des Beitrages damit verbunden ist.

Bertram: Nicht von schönen Ideen, sondern nur vom praktischen Standpunkte aus ist hier alles zu erwägen und zu beurteilen. In Sachen

des Industrieverbandes ist doch eine Richtlinie durch die Urabstimmung gegeben worden. Die materielle Seite hat hierbei auszuhalten. Der Verbandsvorstand möge aber nach Lage der Verhältnisse und der Entwicklung weiteres beschließen, hier ist nicht der Ort und der Zeitpunkt dazu gegeben. Die verlangten Wahlkreise sind kein Mittel, da kann vielleicht gerade der Gauvorsitzer nicht gewählt werden. Auch in der Frage der Faktoren ist nur praktisch zu verfahren; hier wie bei manchen Prinzipalen ist es doch so, daß noch große Anhänglichkeit am Verbande besteht.

P f i n g s t e n ist in der Industrieverbandsfrage mit Kraus einverstanden; nicht zwangsläufig, sondern hineinwachsen. Der Zusammenschluß nach gelehrten Berufen, wie Kraus meint, ist aber nicht das Richtige. Dann würden ja die Hilfsarbeiter, die uns so nahe stehen und sich uns so nahe fühlen, abgezwängt werden. In der Faktorenfrage muß ein Übergang geschaffen werden. Die C-Faktoren gehören aber unter allen Umständen zum Verband. Der Leipziger Verbandstag beschloß im Prinzip das Obligatorium des „Korr.“, die Inflation hat aber die Ausführung verhindert. Mit dem Obligatorium kommen wir an alle Mitglieder heran, dann kann mehr gewerkschaftlich-erzieherisch gewirkt werden. Mit 10 Pf. höherem Beitrag kann das Obligatorium von Verbänden wegen durchgeführt werden, und es wird sogar noch ein Überschuß für die Verbandskasse erzielt werden. Wir stehen vor großen, wirtschaftlichen Kämpfen, da ist das Obligatorium um so mehr notwendig.

C o n r a d i ist der Ansicht, daß direkte Gegner des Industrieverbandes nicht vorhanden sind, nur über den Weg gehen die Meinungen auseinander. Durch die Urabstimmung über den Industrieverband ist die Stimmung in Mitgliederkreisen zu erkennen gewesen. Wiederholung dürfte eine größere Ablehnung ergeben. (Einzelneller Widerspruch.) Der Graphische Bund müßte emporarbeiten, das ist schon ein guter Schritt nach vorwärts. Im Gau Mittelshein hat die Frage der Gauneueinteilung mehr Bedeutung und Schwierigkeiten. Die Mitglieder gehören vier Tarifkreisen an. Einzelne Abtrennungen sind schon aus diesem Umstande heraus vorgenommen worden. Es wäre besser gewesen, der Verbandsvorstand hätte seine Vorlage über das Unterstützungsweisen nicht erst hier unterbreiten, sondern den Delegierten acht Tage vorher zugänglich machen sollen. Kein Aufbau des Unterstützungswezens, der Verband hat andre Aufgaben. Erst die rein gewerkschaftlichen, dann die Unterstützungsrichtungen. Der Beschluß von Nürnberg betreffend des Umfangs der in der Lehrlingsabteilung geleisteten Beiträge könnte wohl eine Änderung erfahren.

S a n d f o r t meint, die Schulung der Betriebsräte ist vernachlässigt worden, ihre Last muß erleichtert werden. Wenn der „Korr.“ öfter erscheinen kann, dann ist auch mehr für die Betriebsräte zu bringen. Der Gau Oberrhein hat trotz der Inflationsbedrückung das „Korr.“-Obligatorium aufrechterhalten. Das war richtig. Aus Prinzip wird niemand gegen den Extrabeitrag für das Verbandshaus sein; es ist aber ein ungünstiger Zeitpunkt dafür gewählt worden. Die am ehesten bezahlen können, haben sich gerade, abgewehrt. Die Reiseunterstützung ist zu niedrig, sie sollte erhöht werden.

M i b r e c h t (Berlin) wendet sich gegen den Antrag Leipzig zum Industrieverband. Ein Artikel von Tarnow, dem Verbandsvorsitzenden der Holzarbeiter, ist da sehr lehrreich. Die Rückgänge in den Gewerkschaften, auch bei den Buchbindern, sind sehr zu beachten. Wir können nicht mit beiden Füßen in den Industrieverband hineinspringen. Der Industrieverband ist jedenfalls nicht das Land, wo Milch und Honig fließt. Die Offsetfrage ist gewiß nicht mit dem Industrieverband zu lösen, dann kämen wir mit den Steinrudern und Lithographen überhaupt nicht aufkommen. Der technische Vortrag von Höhne ist da sehr lehrreich gewesen und muß nachdenklich stimmen. Der Antrag 14 von Berlin ist unter all diesen Umständen das Richtige. Das Obligatorium des „Korr.“ bereitet Berlin fast unüberwindliche Schwierigkeiten. (Rücker: Mit der Methode wie im Antrag von Gau Schleswig-Holstein doch nicht!) Der Antrag Guth, daß nur die Handwerkerkollegen von Berlin die Handwerkerbestimmungen zum Verbandsvorstand wählen dürfen, ist berechtigt, denn die Sparten haben ja schon ihre Zentralkommissionsvorsitzenden als Vertreter von sich im Verbandsvorstand. Man soll doch nicht, wie laut Antrag Wittenberg, den Prinzipalen die Faktoren zutreiben.

S a h (Vorsitzender des Verbandes der Lithographen und Stein-drucker) ist verwundert, daß kein Redner das Einheitsstatut erwähnt hat, das doch schon vor einigen Jahren geschaffen wurde. Theoretisch sind alle vier Verbände für den Zusammenschluß der graphischen Organisationen. Der Graphische Bund hat als Aufgaben den Manteltarif und das Einheitsstatut gelöst. Die Klärung der Mitglieder über den graphischen Industrieverband ist jedoch noch eine unerledigte Aufgabe. In seiner Organisation ist die Bereitwilligkeit zum Zusammenschluß noch ungemindert vorhanden. In der Offsetfrage muß die Verständigung dem Diktat vorgehen. Der Antrag des Spartenkongresses der Drucker, daß der Verbandsvorstand Offsetlehrstätten errichten soll, könnte ja aus den Reihen seines Verbandes das Verlangen auslösen nach Errichtung von Maschinenerschulen. Was würde man wohl dazu sagen? (Große Heiterkeit.) Die Drucker reklamieren aber auch die Beutel- und Litzenmaschinen für sich, die doch den Buchbindern gehören. In der Arbeitszeit und in der Lohnfrage bestehen mit den Buchdruckern Differenzen. Auf seiner Seite gibt man dem Leistungslohn den Vorzug; ob dieser Standpunkt dauernd zu halten ist, kann noch nicht gesagt werden. Im Jahre 1922 hatten sie sieben Reichsmark, jetzt nur noch drei. Von ihrer Seite wird also alles getan, Abweichungen zu vermindern und zu überwinden. Beim Unterstützungswezen bestehen allerdings noch größere Schwierigkeiten. Den Zusammenschluß nur nach gelehrten Berufen und so die

Buchbinder dann auszuschließen, ist falsch; die Buchbinder sind doch auch gelehrte Arbeiter. Das Zeittempo zum Graphischen Industrieverband ist gewiß eine Sache für sich. In den schönen Bau, der hier als Modell zu sehen ist, wollen auch sie hinein! Eine gemeinsame Konferenz der graphischen Gausleiter ist notwendig, bedeutet einen Schritt zur Annäherung. Eine vernünftige Basis zum Zusammenschluß ist zu suchen und zu finden.

S a u e i s e n (Vorsitzender des Buchbinderverbandes) meint, es ist gewiß leichter, wenn nur die gelehrten Arbeiter des graphischen Gewerbes beim Zusammenschluß in Betracht kommen sollen. Weil aber sein Verband viel weibliche Arbeiter hat, bildet er eben das Haupthindernis. Im graphischen Industrieverband müssen aber die gelehrten, die angelehrten und die ungelehrten Arbeiter zusammengefaßt werden. Das ist die höhere Solidarität. Die Annahme des Antrages Frankfurt a. M. auf dem Buchdruckerverbandstage in Leipzig, eine Urabstimmung über den Industrieverband vorzunehmen, war ein Fehler. Daß der Buchbinderverband vom Einheitsstatut Abstand genommen hat, ebenfalls. Die Buchbinder sind aber nach wie vor bereit, alles zu tun, um zum Industrieverband zu kommen. Mit den Lithographen und Steinrudern haben die Buchdrucker Grenzstreitigkeiten in der Offsetfrage. Die Drucker im Verband der Buchdrucker verlangen aber auch die Beutel- und die Litzenmaschinen für sich. Das kann es nicht geben, diese Maschinen gehören zum Gebiete seines Verbandes. (Widerspruch.) Wenn das Zusammenarbeiten überall so wäre wie bei den graphischen Zentralvorständen, dann kämen wir schon vorwärts. Redner macht dann nähere Ausführungen über die Mitgliederverluste des Buchbinderverbandes, die auf die Einstellung des Geldnotendrudes und auf die sehr schlecht gewordene Konjunktur für sein Gewerbe zurückzuführen sind.

G r a h m a n n (zweiter Vorsitzender des DGB) führt aus: Seit Jahr und Tag ist immer wieder verbreitet worden, der Bundesvorstand, und er im Besonderen, habe geflissentlich und absichtlich Sabotage des Industrieverbandes betrieben, damit die „Bongen in der Inselstraße“ ihre Stellung behaupten können. Die Tatsachen liegen aber so, daß gleich nach dem Gewerkschaftskongreß 1922 infolge Annahme des Antrages Dörmann eine große Kommission mit dem Bundesvorstand lanwierige Sitzungen abgehalten hat, um zu einem Ergebnis zu gelangen. Aber es hat sich gezeigt, daß es mit guten Wünschen und mit schönen Resolutionen allein nicht getan ist, Industrieverbände entstehen zu lassen. Die Vorstände auch großer Verbände haben erkennen lassen, daß jetzt die Zeit nicht geeignet ist zur Lösung großer Probleme. Die großen Schwierigkeiten des vergangenen Jahres haben verhindert, daß die Kommissionssitzungen zu einem Ergebnis führen konnten. Es sind aber Vorbereitungen zum einheitslichen Statut, zu einheitslichen Unterstützungen und zu einheitslichen Beiträgen getroffen worden. Der Bundesvorstand ist also keineswegs untätig gewesen. Im graphischen Gewerbe haben aber die Buchbinder das Einheitsstatut nicht zur Einführung gebracht, obwohl sie zum Industrieverband drängen. Es ist nicht zutreffend, daß manches anders wäre, wenn der Industrieverband besteht. Die Maschinenisten und Heizer haben auf ihrem Verbandstage sich gegen den Anschluß an den Metallarbeiterverband ausgesprochen. Es ist eben nicht richtig, daß nur große oder Industrierverbände Angriffe des Unternehmertums abschlagen können. Im Metallarbeiterverband ist es ja vorgekommen, daß man andre Gruppen, die auch für den Streik in Betracht kamen, weiter arbeiten ließ, um die Streikunterstützung aufbringen zu können. Dauern kann eben keine Organisation streifen. Es ist kein wünschenswerter Zustand, daß die gelehrten Arbeiter auf dem Niveau der ungelehrten herabgedrückt werden. Was soll denn aus der beruflichen Fortbildungsarbeit im Industrieverband werden? Es gilt doch wohl, die Qualitätsarbeit zu heben und zu retten. Für viele ist das Zusammenhalten der Massen das große Streben. Der Facharbeiter fühlt sich aber bei seinesgleichen wohl. Es gibt eben Dinge, die man nicht mit Zwang beherrschen kann. Das wäre sonst Mißbrauch. Die Annahme, große Industrierverbände würden den politischen Kampf leichter machen, ist falsch. Die Bundesleitung steht auf dem Standpunkt, wo man glaubt, mit dem Industrieverband besser fahren zu können, oder wenn kleinere Verbände das Bedürfnis zum Zusammenschluß haben, da soll man es tun. Ein Zwang darf aber nicht ausgeübt werden. (Waprovufe.)

Es ist nunmehr ein Antrag auf Schluß der Debatte eingelaufen. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß noch 36 Redner eingezzeichnet sind.

C h e l ist für Annahme des Antrages auf Schluß der Debatte, empfiehlt aber, den Vorsitzenden der Hilfsarbeiter noch anzuhören.

Da von Pucher keine Wortmeldung vorliegt, wird Debatte schluß angenommen.

Nunmehr erhält **K r a u s** als Referent das Schlußwort. Das Obligatorium des „Korr.“ von Verbänden wegen ist von mehreren Rednern gefordert worden. Der Verbandsvorstand vertritt dazu den Standpunkt, da mit Extrabeiträgen für das Verbandshaus gerechnet werden müsse, kann nicht noch für den „Korr.“ durch das Obligatorium eine Erhöhung des Verbandsbeitrages stattfinden, denn die Einführung des Obligatoriums müßte dazu führen. Das Obligatorium wie das dreimalige Erscheinen des „Korr.“ sollten bis nach Verlegung des Verbandsorgans nach Berlin hinausgeschoben werden. Das dreimalige Erscheinen auch um deswegen, als das Erscheinen des zweiten Bandes der Verbands-geschichte bis zum volljährigen Bestehen des Verbandes stattfinden soll. Der Kollege Kralh soll zu diesem Zwecke von den Redaktionsgeschäften befreit werden. Der Beschluß von Leipzig betreffs der noch dem Verbande angehörenden Prinzipale ist ein unmittebar starker operativer Eingriff gewesen. Ein vorliegender Antrag betreffs der Verbandsfaktoren würde zu dem gleichen Fehler führen. Bei den vorgebrachten Wünschen

zur Schulung der Betriebsräte ist zu bedenken, daß es doch in den letzten zwei Jahren an allen Ecken und Enden gemangelt hat. In Zukunft soll mehr Gewicht darauf gelegt werden. Der Parteistreit ist leider auch unter die Betriebsräte getragen worden. Die kommunistische Partei will auch sie zu ihrem Geißpann machen. Der ADGB will ja nur zur Erhaltung der Wirtschaftsschulen — die Frankfurter Arbeiterakademie ist auch gefährdet — Mittel der Gewerkschaften mobil machen. Aber damit ist es noch nicht sonderlich bestellt. Es ist auch verlangt worden, das Sekretariat des Graphischen Bundes und das graphische Bundesorgan wieder aufleben zu lassen. Die Verbandsleitungen haben sich noch nicht dafür erklären können, die Verbandstage sollten auch noch abgewartet werden. Betreffs des graphischen Einheitsstatuts, das noch nicht allgemein eingeführt ist, kann daran erinnert werden, daß in Leipzig 1922 sich gerade die kommunistischen Delegierten dagegen ausgesprochen haben, die föderative Verfassung dieses Verbandes aufzugeben und zum reinen Zentralisationsystem überzugehen; sie verlangten vielmehr, die andern graphischen Verbände sollten zum föderativen System der Buchdrucker übergehen. Wir haben wenigstens den § 1 des Einheitsstatuts angenommen, die Buchbinder nicht einmal das. Nur die Lithographen und Steindrucker haben schon das Einheitsstatut. Mit den Unterstützungseinrichtungen ist es eine schwierige Sache. Die andern Organisationen wollen erst zum Wiederaufbau schreiten, nachdem sie dieselben, gezwungen durch die Inflation, aufgeben haben. Das irrt mit seinen Ansichten über das Arbeitszeitabkommen der Buchdrucker. Die Lithographen und Steindrucker haben es jetzt in ihrem Tarife, wo es als Überstunden vorgezogen ist. Wir aber haben es außerhalb des Tarifes. Das ist taktisch richtiger und macht die Sache beweislicher. Er hält es beim Graphischen Industrieverband mit Graumann: nur wenn die Voraussetzungen gegeben sind, nicht der natürlichen Entwicklung vorzuziehen! Die Vornahme einer neuen Abstimmung über den Industrieverband, wie es der Antrag Nürnberg verlangt, sollte abgelehnt werden. Schon in Leipzig hat er vor einer solchen Abstimmung gewarnt. Es kann mit der Arbeit im Graphischen Bunde nach dem Antrage Berlin weiter gebaut werden. In diesem Sinne sollte die Kommission ihre Tätigkeit aufnehmen. (Beifall.)

Glaser nimmt alsdann zu den materiellen Anträgen das Schlusswort: Conradi hat gemeint, man solle in den Unterstützungseinrichtungen nicht zu weit gehen. Diese Ansicht kommt wohl auf den Verbandstagen zum Ausdruck, aber draußen ist es dann anders. Sogar Delegierte, die auf den Generalversammlungen gegen Erhöhung der Unterstützung aufgetreten sind, haben zu Hause gleich darauf einen andern Standpunkt eingenommen. Das ist sogar in Berlin der Fall gewesen, und ist doch ein kompletter Widerspruch. Er ist auch der Ansicht, daß der Beitrag nicht wesentlich erhöht werden kann. Die Invalidenterstützung zu erhöhen, ist nicht angängig, so gern man auch den alten Kollegen ihre Lage aufbessern möchte. Die Zunahme der Invaliden ist neuerdings stark. Mit der gewünschten Erhöhung der Reiseunterstützung ist es nichts; dann müßte auch eine Erhöhung der Ortsunterstützung eintreten, was wohl nicht möglich ist. Übrigens kann gesagt werden, daß die Reisen den aus den Großstädten recht ansehnliche Beträge herausholen. Unterstützungseinrichtungen in den Lehrlingsabteilungen sind unzulässig. Die Beitragsanrechnung kann nur wie bisher erfolgen. Die Neueinteilung der Gae ist eine sehr schwierige Frage, die schon seit 19 Jahren schwebt. An die Einteilung nach Tarifkreisen sollten Angleichungen vorgenommen werden. Der Vorstand unterbreitete der Nürnberger Generalversammlung bekanntlich eine Vorlage. Sämtliche Gauer aber, die dabei in Betracht kamen, wollten nichts davon wissen.

Seib erklärt, es mache sich nunmehr die Bildung einer ideellen und einer materiellen Kommission notwendig und erörtert die Geschäftseinteilung derselben. Der Antrag auf Übergang zur Tagesordnung über die kommunistischen Anträge wird ebenfalls an die ideelle Kommission verwiesen. Er trägt weiter an, ob der Antrag, über den Antrag 6 von Leipzig betreffend den Graphischen Industrieverband namentliche Abstimmung herbeizuführen, noch aufrechterhalten wird.

Stürz erklärt, er soll zurückgestellt werden, bis die ideelle Kommission ihren Bericht erstattet hat.

Es wird sodann zur Bildung der beiden Kommissionen geschritten. Braun teilt mit, daß sich die Landmannschaften auf bestimmte Vorschläge geeinigt haben und schlägt für die ideelle Kommission folgende 15 Kollegen vor: Hemmerich, Albrecht (Berlin), Freitag, Neveds, Martens, Pfingsten, Stürz, Conradi, Kette, Bertram, König, Fiedler (Breslau), Lorenzen, Wislaug, Klein (Stuttgart). Diese Vorschlagsliste wird gegen vier Stimmen angenommen. Zur materiellen Kommission kommen in Vorschlag: Friederichs, Schlessler, Schröder (Dresden), Dähnle, Kessler, Meindorf, Römer, Maier (Karlsruhe), Matsche, Löscher, Nadel, Sporn, Teichmann. Hier erfolgt einstimmige Annahme.

Sporn bedauert lebhaft, daß bei der Zusammensetzung der ideellen Kommission der Fehler von Leipzig nochmals gemacht ist, indem sich zu viel Gauvorsteher in der Kommission befinden.

Hieran entspinnt sich eine Geschäftsordnungsdebatte, in der Wislaug, Fiedler (Breslau), Sporn, Herkströter, Bertram und Graaf zu Worte kommen.

Schröder (Stuttgart) wünscht, daß Anträge, die sich nicht auf der Tagesordnung befinden, nicht in letzter Minute den Delegierten zugehen.

Bevor in den Punkt III: Stellungnahme zu den Anträgen betreffend die Sparten, eingetreten wird, bemerkt Vorsitzender Seib, es ist im Verbandsstatut nicht vorgesehen, daß die Sparten Anträge an den Verbandstag richten können. Da jedoch die Spartenkongresse im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand statt-

gefunden haben und von diesem Zuschüsse erhalten, soll es als zulässig angesehen werden.

Niesebeck als Vorstandsvorteiler führt aus, daß sich mit den Sparten das Zusammenarbeiten im Verbandsvorstand recht gut gestaltet hat. Es war ein guter Gedanke in Nürnberg, die Vorsitzenden der Zentralkommissionen als Beisitzer im Verbandsvorstand zu bestimmen. Es haben sich zunächst manches Mal Kantien ergeben, es ist aber dann gut gegangen. Allen Spartenkongressen hat ein Antrag vorgelegen auf Vornahme der Gliederung des Verbandes nach Branchen. Die Kongresse haben wohl daran getan, diese Anträge abzulehnen. Organisatorisch wäre das nur zum Nachteil des Verbandes ausgeschlagen. In tariflicher Hinsicht würde es den Prinzipalen so defassen haben. Da müßte eben vielfach verhandelt werden, und die Prinzipale hätten schon gewußt, Vorteil für sich dabei herauszuschlagen. Das Gegenteil von dem, was sich die Sparten versprechen, würde also eingetreten sein. Redner geht darauf die Vorlage der Maschinenfächer im einzelnen durch, heißt sie im allgemeinen gut und erkennt die Berechtigung des Zuschlags von 25 Proz. an. Die Schmalmaschinerei darf nicht so billig gegenüber dem Handfächer werden, daß die Handfächer in großer Anzahl arbeitslos werden. Eine Verkürzung der Arbeitszeit für die Maschinenfächer erscheint ebenfalls angebracht. Die Korrektoren verlangen nur Beschäftigung von gelernten Buchdruckern als Korrektoren, was etwas Neues darstellt. Daß man die Forderung eines Zuschlags von 25 Proz. fallen gelassen hat und dafür die Bezahlung nach Leistung und Verantwortlichkeit fordert, ist der richtige Weg. Die Stereotypen und Galvanoplastiker sind weiter gegangen. Die verlangte Selbständigkeit und Verhandlungsfreiheit der Sparten bezüglich der Sonderbestimmungen ruft Bedenken hervor. So weit kann es nicht gehen. Zum geforderten Ausbau des Mitbestimmungsrechts in allen organisatorischen Angelegenheiten, ist darauf aufmerksam zu machen, daß man damit in die Kompetenz des Verbandes eingreift. An Stelle der Forderung von 25 Proz. Zuschlag (oder kürzere Arbeitszeit) für die durch Hitze und Dunst besonders anstrengende Arbeit sollte man den Weg der Leistungszulage wählen. So etwas in den Tarif aufgenommen, kann Drückung des allgemeinen Lohnniveaus zur Folge haben. Die von den Druckern verlangte verbandstagesgemäße Anerkennung der Spartenorganisationen ist nicht angängig. Die bisher nur vereinzelt bestehende Handfächerpartei würde sich dann bald ausbreiten. Die Handfächer bilden aber das Gros im Verbands, die Forcierung einer Sparte auch für sie kann keinen Vorteil für den Verband bringen. Alles kann eben nicht Spezialarbeiter sein. Die Drucker sollten also auf diese Forderung verzichten, der Verbandstag werde sonst zur Ablehnung kommen müssen. Das weiter verlangte größere Mitbestimmungsrecht erübrigt sich durch die Mitarbeit im Verbandsvorstand. Das Verlangen nach Anstellung eines Druckers als Sekretär, falls ein weiterer notwendig wird, im Verbandsvorstand zur besseren Verfolgung der maschinellen und technischen Entwicklung könnte ja auch bei den Maschinenfächern gleiches auslösen. Gegen eine gelegentliche Regelung im Sinne des gestellten Antrages würde der Verbandsvorstand wohl nichts einzuwenden haben. Gegen das weitere Verlangen, nur über 25 Jahre alte Druckerkollegen an Rotationsmaschinen zuzulassen, ist ebenfalls Einwand zu erheben. Jetzt sind viele Flachdrucker arbeitslos, Rotationsarbeiter fehlen, da könnte doch auch ein brauchbarer jüngerer Kollege zur Rotation übergehen wollen. Sonst ist den Anträgen der Drucker eher zuzustimmen, wenn auch noch Bedenken bestehen oder anders nicht so leicht sein wird, durchzuführen, ja auch schon versucht worden ist, es bei den Prinzipalen durchzusetzen (Kleider- und Schmugzulage).

Ackermann (Vorsitzender der Zentralkommission der Drucker) tritt diesen Ausführungen in mehrfacher Beziehung entgegen. Mit der sachgemäßen Anerkennung der Sparten soll nur eine größere Macht in den einzelnen Sparten angestrebt werden, um alle Spezialarbeiter in die technische Weiterbildung einzubeziehen, wozu doch der Verband Mittel zur Verfügung stelle. Man will nicht nur bloß als Sachverständiger bei den Tarifverhandlungen sein, sondern auch die volle Verantwortung übernehmen. So nur ist das geforderte größere Mitbestimmungsrecht zu verstehen. Eine Handfächerpartei ist nach seiner Auffassung kein Element, das für den Verband nachteilig werden könne. Die Notwendigkeit eines Druckersekretärs ist am besten in der Offelfrage zu erreichen. Die Kleider- und Schmugzulage von 15 Proz. ist bereits vom Verbandstage 1922 in Leipzig als notwendig anerkannt worden. Der Kleiderverfleiß ist für die Drucker sehr groß. Der Verbandstag möge also ihren Anträgen beitreten.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Dorbericht

Im weiteren Verlaufe des vierten Verhandlungstages gestaltete sich Punkt IV der Tagesordnung: Die Lehrlingsabteilung unseres Verbandes und der „Jungbuchdrucker“, durch das Referat des Verbandessekretärs Fülle wie durch die große Anteilnahme der Delegierten an all den aufmerksamen Reklamationsfragen an einem Höhepunkt. Fülle beherrschte die weitestgehende Materie auszeichnet. Dem „Jungbuchdrucker“ wurde viel Anerkennung gezollt. Schließlich konnte nur mit einer Redeseite von fünf Minuten der große Redneraufmarsch sich abwickeln.

In vorgerückter Abendstunde wurden noch die Berichte der Besonderekommissionen entgegengenommen. Alle Beschwerdebeführer fanden ohne weitere Diskussion antragsgemäße Abweisung.

Der fünfte Verhandlungstag begann mit geschlossener Sitzung, in der das Tarif- und Lohngebiet zur Erörterung stand.

Korrespondenzen

Hamburg-Altona. Die am Freitag, dem 29. August, stattgefundene Mitgliederversammlung nahm zunächst Stellung zu den in der kommunistischen „Volkszeitung“ erschienenen, die Buchdrucker betreffenden Artikel. Kollege Kunzler wies auf die verschiedenen Artikel hin und zerpfückte im einzelnen die Vorwürfe der „Volkszeitung“. Zu dem Artikel, der das Programm des Verbandstages brachte und daran hässliche Glossen hängte, habe ja schon der Ausschuss in den „Mitteilungen“ Stellung genommen und das „Programm“ als Entwurf eines einzelnen Kollegen, der nur als Unterlage zu den Beratungen gedacht war, gekennzeichnet. Was die vorgeworfene Vergeudung der Gelder des Gaues angehe, so wisse er darauf hin, daß nach dem jetzigen Überblick die Gesamtkosten des Gaues für die Veranstaltungen zum Verbandstag die Kosten eines Johannistages der Vorkriegszeit kaum überschreiten dürften und auf den Kopf des Mitgliedes nicht sehr viel über 1 M. betragen würde. Der weitere Vorwurf, daß die Delegierten vor lauter Veranagungen nicht zur Arbeit und zum Nachdenken kämen, sei schon dadurch völlig gegenstandslos, daß für jeden Tag eine achttündige Tagungsdauer und außerdem zwei Abendstunden vorgesehen seien. So fielen die Einwürfe in sich selbst zusammen. Neben andern Artikeln, in denen Reden und Aufsätze, die zum Teil dreißig Jahre zurückliegen, bruchstückweise wiedergegeben wurden, sei einer noch besonders zu erwähnen; von dem man sagen müsse: „Höher gehts nimmer!“ In diesem Artikel wurde dem verstorbenen Kollegen Döblin, der dreißig Jahre an der Spitze des Verbandes stand, vorgeworfen, daß er gerichtlich zugeben mußte, in seiner Jugend Streikbrecher gewesen zu sein. Kollege Runkler schilderte an Hand der von Berlin eingezogenen Erkundigungen den wahren Sachverhalt. So stellte auch dieser Artikel eine einzige Verleumdung dar. Der Gauvorstand habe zu diesen ganzen Vorwürfen Stellung genommen und schlage der Versammlung folgende Entschließung zur Annahme vor: „Die am Freitag, dem 29. August 1924, im Musiksaal des Gewerkschaftshauses tagende Buchdruckerversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den in letzter Zeit in der „Hamburger Volkszeitung“ gegen die Buchdrucker gerichteten verleumdnerischen Artikel. Sie verurteilt auf das schärfste ein derartiges, die Arbeiterbewegung schädigendes Gebaren und geht über die Angriffe zur Tagesordnung über.“ Nachdem Kollege Kunzler noch den etwa anwesenden Verfasser dieses Artikels vergeblich aufforderte, das Wort zu nehmen, um an der richtigen Stelle seine Vorwürfe zu wiederholen, wurde die Entschließung von den Versammelten, die eine weitere Aussprache nicht wünschten, einstimmig angenommen. Damit wurde ein vernichtendes Urteil über dem anonymen Artikelschreiber gefällt. Sodann hielt Kollege Klein (Stuttgart), der anlässlich des Verbandstages in Hamburg weilte, einen mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag. Nach einem geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung der Gewerkschaften wandte er sich den Aufgaben der Gegenwart und Zukunft zu. Die Unternehmerschaft seien drauf und dran, auch die letzten sozialpolitischen Errungenschaften wieder zu beseitigen. „Lohnerböschung nur durch Verlängerung der Arbeitszeit“, „Einführung der Affordarbeit“, „Ablehnung jeglicher Arbeitszeitverlängerungen“, seien ihre Programmpunkte. Gegenüber diesem Generalanstoß helfe nur eine intensive Schulung der Gewerkschaftsmitglieder und erhöhte Aktivität aller Mitglieder in Betrieb und Versammlungen. Anschließend erstattete Kollege Klein einen kurzen Bericht über die letzten Lohnverhandlungen, die leider damit endeten, daß der alte Lohn unverändert bis zum 3. Oktober weiterläuft. Trotz dieses

negativen Ergebnisses stimmte die Gehilfenvertretung unter Vertretung aller Umstände diesem Schiedsspruch zu. Kollege Schmidt bemängelte in der Aussprache kurz das Verhalten Kallistis und anderer Krübler zur Frage des Achtundentages. Vom Ortsauschuss berichtete Kollege Wolliger. Nach einem Vortrage des Herrn Dr. Barbo über die Frage der Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften kamen in der Aussprache die verschiedenen Bedenken gegen die Rechtsfähigkeit zur Sprache. Zum Zwecke der Schaffung einer Heimstätte (Berberge usw.) der Gewerkschaften wurde aus rechtlichen Gründen die Gründung einer GmbH beschlossen. In der Aussprache wandte sich Kollege Herzog scharf gegen die Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften. Zu Beginn der Versammlung wurde das Andenken der verstorbenen Kollegen Maschinenfabrikant S. Seidel, Drucker Karl Litt und der Seher A. Wiebeck, W. Gähling und Albert Wendel in üblicher Weise gelehrt. Des Kollegen Wendel, der mehr als 50 Jahre vor allem in kollektiver Weise innerhalb des Gaues wirkte, gedachte Kollege Runkler in besonderer Weise.

Allgemeine Rundschau

Der Rundfunk im Dienste des Bildungsverbandes. Am 3. September hat der Vorsteher des Bildungsverbandes in Hamburg, der eine großartige und aufsehende Ausstellung auter Buchdruckerzeugnisse anlässlich des Verbandstages veranstaltet hat, durch den Hamburger Rundfunkfender einen Vortrag gehalten über das Thema „Wissenswertes und Unterhaltenes über die schwarze Kunst“. Das ist der erste derartige Vortrag, den wir mit Freude begrüßen.

Meisterprüfung. Die Meisterprüfung legten vor der Handwerkskammer in Halle a. d. S. der Maschinenmeister Otto Eitlich und der Seher Otto Heise (beide aus Wittenberg, Bezirk Halle) mit Erfolg ab.

Zum Schutz der kleinen Mieter. Die rapid erhöhten Wohnraummieten haben den werktätigen Bevölkerungsteilen die Mietzahlung sehr erschwert. Es soll deshalb, wie das „Berliner Tageblatt“ vermeldete, die Abjcht bestehen, eine Novelle zum Mieterschutzgesetz zu erlassen, die in besonderen Fällen ein Ermittlungsrecht bei Zahlungsunfähigkeit ausschließen will, beispielsweise bei Erwerbslosigkeit ohne Verschulden oder bei besonderer wirtschaftlicher Notlage. Voraussetzung dafür soll sein, daß die betreffenden Bevölkerungsteile nur Kleinwohnungen innehaben.

Briefkasten

Br. in S.: Die heimischen und internationalen Grüße werden dankend erwidert.

Verbandsnachrichten

Dem auf der Reise befindlichen Kollegen Kurt Hölth (Hauptbuchnummer 98 539) ist auf der Insel Rügen seine Briefkaste mit der Legitimation verloren gegangen. Diese wird hiermit für ungültig erklärt. Es wurde dem Kollegen S. in Straßburg eine neue, mit der Aufschrift „zweite Ausfertigung“, ausgestellt. Die Hauptverwaltung.

Versammlungskalender

Geminnh. Gauversammlung der Stereotypseuer und Galvanoplastiker Sonntag, den 14. September, vormittags 11 Uhr, in Rühlshappel bei Hohenstein-Ernstthal.
Dresden. Druckerverammlung Sonnabend, den 13. September, abends 6½ Uhr, im „Volkshaus“ (Saal 2).

Anzeigengebühr: Die sechsseitige Zeile 10 Goldpf. für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungser- und Todesanzeigen; sonstige Anzeigen 60 Goldpf. Rabatt wird nicht gewährt.

Anzeigen

Annahmefristen: Montag und Donnerstag früh zur jeweilig nächstfolgenden Nummer. Anzeigenaufgabe möglichst nur durch Einzahlung auf Postcheck (Reipzig Nr. 613 28).

Brandenburgischer Maschinenfabrikantenverein
Sonntag, den 14. September, vormittags 10 Uhr, im „Veitner Klubhaus“, Dohnstraße 2:
Quartalsversammlung
Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Bericht vom letzten Deutschen Maschinenfabrikantentag; 3. Erfahrungsaustausch zur Technischen Kommission; 4. Neuaufnahmen; 5. Verschiedenes. Die Vertreter der Delegierten erhalten das halbe Fahrgehalt ersetzt. — Pünktliches und recht zahlreiches Erscheinen erwartet.
Euchtiger
Linotypesetzer
ledig, für Ideal als Alleiniger sofort gesucht. Bezahlung über Tarif. Angebote mit Forderung an „Ebersbacher Zeitung“, Ebersbach i. Sa.

Tüchtige Monotypesetzer
(Modell C und D) für wissenschaftliche Arbeiten sucht die Epamerische Buchdruckerei, Leipzig.

Linotypesetzer
33 Jahre alt, verheiratet, 14 Jahre Praxis, selbstständig in Montage und Reparatur, hohe Leistungen, Qualitätsarbeit, sucht zum 15. September andere Stellung, wieder als Leiter oder Alleiniger, auch als Redakteur, mögliche Bezüge Berlin. Gest. gewandere Offerten unter H. W. 3101 an Rudolf Mosse, Berlin W 25, Potsdamer Straße 22.

Linotypesetzer
in angenehmer Dauerstellung gesucht. In Frage kommt nur selbstständiger, fleißiger Seher, der langjährige Praxis nachweisen kann. Bezahlung über Tarif! Bewerbungen mit Zeugnisabschriften an „Sächsische Elbezeitung“, Bad Schandau a. d. Elbe.

Linotypesetzer
ledig, tüchtige Kraft, für Zeitung- und Werkstatt in angenehme, gutbezahlte Dauerstellung zu sofort gesucht. „Dremersbörder Zeitung“, Dremersbörde, Bez. Bremen.

Linotypesetzer
für baldiger später gesucht. Groß, Barth & Co., Dresden, Herrenstraße 20.

Seherstereotypseuer
für Hand- und Rundstereotypie bei Höchstlohn sofort gesucht. Citer-Druckerei Magdeburg.

Für neu aufzustellenden Typograph-Universal suche für Ende September zuverlässigen, flotten

Typographseher
senior einen tüchtigen, nicht zu jungen

Schweizerdegen
(beide in Dauerstellung). J. S. Jellner Buchdruckerei, Jovan, Bez. Bremen.

Typographseher
(I-II), flottes, korrekter Seher, fünf Jahre Praxis, sucht sich in gutbezahlte Dauerstellung sofort zu verändern. Möglichst Großstadt. Gest. Offerten unter H. 684 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Köhligstr. 7, erbeten.

Kollegen zum Verkauf von Kleinwerkzeugen
u. s. w. gesucht. Gest. Offerten unter Nr. 429 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Köhligstr. 7, erbeten.

„Gutenberg“, Leipzig
Dienstag, den 9. September, abends 7 Uhr: Verhandlung im Lehrervereinssaal. Abgangsbilanz beginnt 8 Uhr. Der Vorstand.

Beste Klassiker!
Leinen geb., jed. Band 4,50 M. Abzahlung n. Vereinbarung keine 4 Bde., Gebde 1 Bde., Chamisso 2 Bde., Goethe 4 Bde., Hauff 2 Bde., Röntgen 1 Bde., Venet 2 Bde., Reuter 3 Bde., Schiller 2 Bde., Shakespeare 4 Bde. C. S. Otto & Co., Berlin-Lichtf.

Gautschbriefe 25 Pf. Th. Leibniz Nachfolger, Stuttgart (Postfach 418).

Beschiffe, Winkelhaken
Echtes, neue, Ausbinder-schnur, Maschinenbänder, Anlegemarken liefert K. Eigel, München 9, Kolonnenstraße 1.

Prezang: **„Freie Gedanken“**
sind in solch ausgewählter Zusammenstellung erstmalig erschienen. Preis 4 M. Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Leipzig, Salomonstraße 7. Postcheckkonto 514 30.

Jellenmaß (6 Maße auf 50 Pf. A. Eigel, München).

Am 1. September verstarb unser lieber Kollege, der Seher **Heinr. Jeller** aus Bremen, im Alter von 59 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.